

# ROTE POST



Nr. 49

Februar 2022

## INTERNATIONAL

- 6 UKRAINE - IM WÜRGEGRIFF  
DER IMPERIALISTEN

## BRD

- 8 MINDESTLOHNERHÖHUNG:  
AUGENWISCHEREI!

## FRAUEN

- 10 EHEGATTENSPLITTINGRE-  
FORM - MEHR AUSBEUTUNG

## BERLIN

- 12 ANTIMUSLIMISCHE  
SCHULSTUDIEN

## HAMBURG

- 14 MIETSPIEGEL STEIGT, SOZIA-  
LER WOHNUNGSBAU SINKT

## BREMEN

- 16 WENN WEISSE WEIHNACH-  
TEN ZUM ALBTRAUM WERDEN

## NORDRHEIN-WESTFALEN

- 18 DROGEN UND RAZZIEN  
IN ESSEN

## BADEN-WÜRTTEMBERG

- 20 ALLES MÖGLICH  
MIT CORONA?

## KULTUR

- 22 BUCHREZENSION: „DURCH  
DAS HERZ DER FINSTERNIS“

## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 FRAUEN**

**12 BERLIN**

**14 HAMBURG**

**16 BREMEN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**LIEFERARBEITERSTREIK IN DER TÜRKEI**

**„UKRAINE-KRISE“ – EIN LAND IM WÜRGEGRIFF DER IMPERIALISTEN**

**MINDESTLOHNERHÖHUNG:  
AUGENWISCHEREI!**

**EHEGATTENSPLITTING-REFORM  
FÜR MEHR AUSBEUTUNG**

**GELD FÜR ANTIMUSLIMISCHE  
SCHULSTUDIEN, ABER NICHT FÜR DIE  
SCHULEN UND JUGEND**

**MIETSPIEGEL STEIGT, SOZIALER  
WOHNUNGSBAU SINKT**

**WINTERDIENST – WENN WEISSE  
WEIHNACHTEN ZUM ALBTRAUM WERDEN**

**DAS DROGENPROBLEM IN ESSEN UND DIE  
RAZZIEN DER POLIZEI**

**ALLES MÖGLICH MIT CORONA?**

**BUCHREZENSION: „DURCH DAS HERZ  
DER FINSTERNIS“**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für  
Abos schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

ein rauer Februarwind zieht über Deutschland. Großer Alarm wegen den zwei toten Polizisten in Rheinland-Pfalz, Rekord-Inflation in der Eurozone, wachsender Widerstand gegen die sich anbahnende Impfpflicht. Schritt für Schritt wird die Lage der Arbeiterklasse nun verschlechtert. Die neue Regierung schmiedet bereits Pläne für die Untergrabung der kommenden Arbeitskämpfe. SPD-Vorstandsmitglied Yasmin Fahimi ist jetzt die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie war beteiligt, im Zuge der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags der neuen Bundesregierung den Angriff auf den 8-Stunden-Tag auszuhandeln.

Ein Blick auf die internationale Lage soll unterstreichen, in welche Richtung sich das Weltgeschehen entwickelt: In Indien haben Ende Januar tausende Jugendliche begonnen, gegen die hohe Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeiten in der Einstellung zu rebellieren. Die indische Eisenbahn, eins der zehn mitarbeiterstärksten Unternehmen der Welt, stellte bei einer Ausschreibung für insgesamt 150 Tausend Stellen, auf die sich mehrere Millionen Menschen beworben hatten, zahlreiche Personen wiederholt in unterschiedlichen Sektoren ein und besetzte damit viel weniger Stellen als offiziell vorgegeben. Dutzende wurden durch diesen Schummel um den ihnen versprochenen Job betrogen. In den Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh setzten die Massen an Jugendlichen daraufhin Zugwaggons in Brand, blockierten Straßen und verbrannten Puppen des Premierministers Narendra Modi.

In Brasilien haben erst kürzlich mehr als 800 Bauern aus 19 Gemeinden den Hafen von Maceió, der Hauptstadt vom Bundesstaat Alagoas, blockiert, wo die Ware, die die Großgrundbesitzer auf ihren Ländereien auf Kosten der armen Bauern produzieren lassen, hauptsächlich umgeschlagen wird. Geführt war diese Aktion von Organisationen wie der Liga der armen Bauern, die sich die demokratische Revolution fest auf die Fahne geschrieben haben. Die letzten Monate haben bewiesen, dass die armen Bauern Brasiliens bereit sind, für den Kampf um Land an der Revolution teilzunehmen.

In der Türkei hat die Inflationsrate einen Wert von knapp 50 Prozent erreicht. Immer mehr im Land können sich nicht mal mehr einfache Simits oder Fleisch leisten, während die Parasiten der herrschenden Cliques, die ihr Geld alle „in Sicherheit“ auf Konten im Ausland haben, ihr Vermögen um Vieles vermehren. Woche für Woche gibt es in der Türkei große Streiks und Proteste in Fabriken von ausländischen Konzernen oder von ihnen geführten oder aufgebauten Unternehmen gegen Massenentlassungen und Kurzarbeit. Auch hier ist die Situation so, dass es jeden Moment überkochen kann. Unzählige weitere große Kämpfe werden auf der Welt in diesen Momenten entfacht, wie die Aufstände, Plünderungen und Generalstreiks in den Ländern auf den Antillen, französisches Kolonialgebiet, der Kampf der tausenden von Saisonarbeitern auf den Ländereien der Region Maule in Chile – die Haupttendenz ist eindeutig die Revolution, und deren Sturzcentren sind die unterdrückten Nationen, die vom Imperialismus ausgebeutet werden.

Der Blick der deutschen Imperialisten richtet sich gegenwärtig gen Osten auf die „Ukraine-Krise“, was in erster Linie ein Konflikt zwischen den Imperialisten ist, bei dem die Ukraine aktuell den wichtigsten „Brandherd“ darstellt. Um in dieser Frage Klarheit zu schaffen, beschäftigen wir uns diese Ausgabe im International-Artikel mit diesem Konflikt und der Situation in der Ukraine. Verwiesen sei an dieser Stelle an die Glaubwürdigkeit der verbreiteten Kriegsgerüchte und Ähnlichem von den USA, und erinnert, wie sie 2001 begannen, von einer Bedrohung durch angebliche Massenvernichtungswaffen des Irak, was sich als Lüge herausstellte, zu reden, um 2003 dann in das Land einzumarschieren. Nichtsdestotrotz entwickeln sich die Dinge augenblicklich wieder sehr schnell, und wir können zu Redaktionsschluss nicht genau sagen, wie die Lage in einigen Tagen sein wird.

## BILD DES MONATS



Einer der zahlreichen großen Streiks im Februar in der Türkei wurde von Lieferarbeitern mit der Forderung nach höheren Löhnen durchgeführt. Die Arbeiter sind Angestellte des Essenslieferanten Yemeksepeti, ein Tochterunternehmen des Deutschen Lieferanten „Delivery Hero“.

Quelle: Reuters.com



## „UKRAINE-KRISE“ – EIN LAND IM WÜRGEGRIFF DER IMPERIALISTEN

In den vergangenen Wochen ist eine Menge über die Situation in der Ukraine berichtet worden. Die USA wittern auf Seiten Russlands eine „ungewöhnliche Aufstockung der Streitkräfte“ nahe der Grenze zur Ukraine, NATO-Chef Jens Stoltenberg bezeichnet diese als besorgniserregend. Sie werfen Russland vor, einen Krieg in der Ukraine anfangen zu wollen. Die bürgerlichen Medien in Deutschland schlagen Alarm: Wer hält Russland jetzt auf und stoppt die „Angriffe auf den Frieden in Europa“? Wie kann man die Grenzen der Ukraine noch schützen? Wann greift die Bundesregierung ein und zeigt der Gangster-Kanzler Scholz sich von seiner harten Seite? Die Aufregung ist groß, auf die Situation des ukrainischen Volkes wird dagegen nicht geschaut.

### FRIEDEN IN EUROPA?

Schon lange nicht mehr; diesen Februar jährt sich der Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Truppen der von den Yankees und der Europäischen Union unterstützten Regierung und pro-russischen Separatisten zum Achten Mal. Gerade mal 1.700 Kilometer von Berlin entfernt werden schwere Geschütze aufgefahren, Panzer, schwere Artillerie, Kriegsschiffe, Kampfjets usw. Mehr als 13.000 Soldaten und Zivilisten sind getötet worden und täglich werden es mehr. Begonnen hatte alles mit den großen Protesten und Kämpfen 2013/14 gegen den von Russland unterstützten Präsidenten Viktor Janukowytsch. Die Führung über diese Kämpfe hatten allerdings Landesverkäufer inne, die die Ukraine mehr den USA und der EU unterworfen sehen wollten. So gingen die Proteste und Kämpfe, bei denen viele ihr Leben ließen, als „Euromaidan“ in die Geschichte des Landes ein und eine Fraktion der herrschenden Klasse, die von den USA und der EU unterstützt wurde, nahm den Platz der von Janukowytsch vertretenen Seite ein. Das führte aber keineswegs zu einer besseren Lage der Arbeiterklasse und des Volkes, sondern nur zu heftigeren Konflikten unter den Herrschenden in der Ukraine sowie ihren jeweiligen imperialistischen Herren.

### DER STELLVERTRETERKRIEG

Auf den Regierungswechsel hin, sorgte sich ein anderer Teil der Herrschenden im Osten der Ukraine,

der von Russland abhängig ist, um seinen Wohlstand. Sie formten, unterstützt von Russland, die separatistische Bewegung, die in den Gebieten Donezk und Lugansk im Donbass ihre eigenen „Republiken“ ausrief. In der Folge entwickelte sich der Krieg zwischen den Fraktionen der Herrschenden der Ukraine, und ihren jeweiligen imperialistischen Herren. Beide Seiten haben ihre Interessen, aber beide Seiten sind auch Lakaien der Imperialisten und vertreten daher auch deren Interesse in erster Linie. So ist es kein Wunder, dass sowohl die USA als auch Russland – natürlich nicht offiziell – eigene Streitkräfte in die Ukraine entsandten und Waffen in Milliardenhöhe lieferten. Für die Imperialisten ist der Konflikt in der Ukraine ein Kampf um die Neuaufteilung dieses unterdrückten Landes. Die Lage verschärft sich im Augenblick, aber die Ursachen dafür liegen weniger in der Ukraine als in dem dauerhaften Zwist zwischen den USA und Russland.

### DER PLAN MIT DER NATO

Die USA haben mit der NATO ein von ihnen geführtes Militärbündnis, dem fast alle EU-Staaten mit angehören. Mithilfe dieses Bündnisses streben sie seit Jahrzehnten an, ihren derzeit noch größten Konkurrenten, Russland, strategisch zu umkreisen, um ihn entscheidend zu schwächen. In diesem Zuge wurde die Abkommen beim „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1990/91, nach denen sich die NATO eigentlich nicht mehr nach Osten ausdehnen durfte, zahlreich gebrochen; es wurden Truppen und Luftabwehrsysteme in Albanien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Polen und weiteren stationiert. In jüngerer Zeit konzentrieren die Yankees zudem mehr Kräfte auf Zentralasien, z.B. Kasachstan. Dass Russland sein eigenes Militär auf seinem eigenen Territorium bewegt, steht ihnen zu, anders als es die NATO-Osterweiterung den Yankees tut.

Die Ukraine ist in diesem Konflikt nun gerade die Hauptbühne, weil sie die größte noch offene Frage darstellt vor dem Übergang zu einer Periode, in dem die USA und Russland ihren Interessenskonflikt weniger offensiv austragen. Denn diese beiden wollen aktuell keine große militärische Auseinandersetzung untereinander, weil sie sich ihres Sieges

nicht gewiss sein können. Diese Periode soll ihnen zeitweise Sicherheit garantieren; die Yankees wollen ihre Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sichern und sich auf andere Konflikte wie in der indopazifischen Region konzentrieren, und die Russen möchten einen Punkt haben, wo ihnen nicht mehr alle ehemaligen Halbkolonien aus der Hand fallen. Doch die Ukraine als strategisch (besonders militärisch und logistisch) wichtiges Land wollen beide auf keinen Fall bedingungslos aufgeben. Die Yankees wollen einen Beitritt der Ukraine in die NATO, was der russische Imperialismus verhindern will. Russland zeigt, dass sie stellenweise die Einkreisung durch die NATO punktuell durchbrechen können, wie die Annexion der Krim 2014, der Erfolg der Separatisten in der Ostukraine oder die kürzliche Intervention in Kasachstan zeigen. Aber insgesamt sind sie trotzdem in der Defensive, und ein tatsächlicher Einmarsch in die Ukraine lässt sich praktisch ausschließen. Und wenn, dann ist es ein Akt der Verzweiflung des russischen Imperialismus.

## DIE ROLLE DEUTSCHLANDS UND DER EU

Schon lange verfolgt Deutschland seine Interessen in Osteuropa hartnäckig. Innerhalb des Konflikts zwischen den USA und Russland wäre es für die USA auch ein Erfolg, würde die Ukraine Teil der EU werden, womit zumindest auch Russland keinen großen Einfluss auf sie hätte und so geschwächt werden würde. Insofern dulden sie die Ambitionen der BRD und die hinterhältige Selbstverpflichtungen zu angeblich „humanitärer Hilfe“ etc. aus Deutschland, dem „Chef“ der EU. Außenministerin Baerbock, auf den ersten Blick betreuungspflichtig, aber in der Tat zielstrebig, die Interessen des deutschen Imperialismus durchzusetzen, untermauerte die Ansprüche der BRD bereits bei Besuchen in Russland und der Ukraine. Sie will diese Ansprüche über das „Normandie-Format“, eine etwas eingerostete Kontaktgruppe zwischen der russischen, deutschen, ukrainischen und französischen Regierung zur Geltung bringen. Dazu kommen die geplante Verstärkung der Bundeswehrtruppen in Osteuropa (aktuell Litauen) und die angedrohten Sanktionen gegen unter anderem die russische Gas-Pipeline Nord Stream 2 (jetzt haben sie wieder einen neuen Vorwand, nach der Schädlichkeit für die „Energiewende“, Nawalny, der Ölpreissenkung, dem Verstoß gegen „europäisches Energierecht“ etc.), welche Teil des Angriffs auf die russische Wirtschaft sind.

Gerade das Dilemma um Nord Stream 2 zeigt ironischerweise, worauf Deutschland aktuell besonders angewiesen ist und was sie in der Ukraine wollen: eigene Energieträger. Einerseits ist das Kohlebecken im Donbass von Bedeutung, aber als „Träger der Zukunft“ setzt die BRD auf Wasserstoff, und in diesem Lichte besuchte Baerbock den „ukrainischen Wasserstoffrat“ und kündigte an, in Kiew ein „Büro für Wasserstoffdiplomatie“ eröffnen zu lassen. Sie ließ dabei wieder das Stichwort *Energieunabhängigkeit* zfallen, welches der deutsche Imperialismus seit Jahren auf die Agenda setzt. Eine Ukraine, die Teil der EU ist und der dieser Industriesektor aufgezwungen werden kann, könnte für den deutschen Imperialismus sehr von nutzen sein. So will Baerbock ein wichtiges Problem für die deutsche Wirtschaft lösen und nebenbei der Forderung nach der „Energiewende“ der Wählerschaft der Grünen nachkommen – und zwar auf dem Rücken der unterdrückten Nationen.

Unterdessen erfährt das Volk in der Ukraine immer schärfere Ausbeutung und zahlt den Preis der Interessen der Imperialisten. Die Imperialisten teilen die Beute, die das Land für sie ist, unter sich auf und streiten um es sogar als strategisches Gebiet oder Pufferzone. Sowohl die Yankees, als auch die Russen haben in der Ukraine in den vergangenen Jahren schwerwiegende Verbrechen begangen. Das Volk hat es satt, die fremden Räuber zu sehen, die sich am Land bereichern und nur Elend zurücklassen! Der Vorstoß der BRD mit der EU, mehr Fuß in der Ukraine zu fassen, wir den Hass auf den deutschen Imperialismus befeuern. Dass die nächste Erhebung des Volkes, die zweifellos kommen wird, in richtige Bahnen gelenkt und in einen Erfolg umgewandelt wird, liegt in den Händen der Kommunisten in der Ukraine und wie diese ihre Aufgaben erfüllen. •



## MINDESTLOHNERHÖHUNG: AUGENWISCHEREI!

Vor einigen Monaten war es auf roten Plakaten überall in den Straßen der BRD zu lesen. „12 EURO MINDESTLOHN – BESSERE BEZAHLUNG FÜR 10 MIO.“- lautete einer der zentralen Wahlsprüche der SPD bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Bei der Bildung der neuen Regierung und der Ausarbeitung des Geschreibsels, das sie Koalitionsvertrag nennen, war die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns das Thema der SPD, an dem sie festhielt. Mitte Januar kam dann der Vorstoß. Aus dem SPD-geführten Arbeitsministerium ließ Hubertus Heil verkünden, dass der Mindestlohn ab Oktober diesen Jahres auf zwölf Euro erhöht wird. Doch nehmen wir uns nochmal der Losung an, die von der SPD zur Bundestagswahl ausgegeben wurde. Zehn Millionen Menschen sollen laut den Sozialdemokraten von der Erhöhung des Mindestlohns profitieren. Heißt im Umkehrschluss, dass aktuell mindestens zehn Millionen Menschen in der BRD für unter zwölf Euro Stundenlohn arbeiten. Zehn Millionen Kollegen, die trotz täglichem Schuften jeden Cent umdrehen müssen, weil das Geld hinten und vorne nicht reicht. Doch genau dieser Status Quo ist auf dem Mist der SPD gewachsen.

Aufschluss über die heutige Situation gibt ein Rückblick auf die vergangenen zwei Jahrzehnte. Die von der SPD geführte rot-grüne Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder, die von 2002 bis 2005 die BRD regierte, setzte in ihrer Legislaturperiode die sogenannte Agenda 2010 um. Die war ein Plan zur „Reform des Sozialstaats und des Arbeitsmarktes“ in der BRD. Ihr Zweck war es vor allem, die ökonomische Vormachtstellung der BRD gegenüber den anderen imperialistischen Mächten in der EU – insbesondere gegenüber Frankreich – durchzusetzen, indem die wirtschaftliche Leistung erhöht wurde. Dies gelang auch, wie die Steigerung des Leistungsbilanzsaldo um 7,5 Prozent bis 2007 zeigte (Der Leistungsbilanzsaldo fasst das Verhältnis der Waren und Dienstleistungen eines Landes, die ins Ausland exportiert werden, zu denen, die von dort importiert werden, zusammen). In den selben Jahren sank der Leistungsbilanzsaldo anderer imperialistischer Staaten in der EU, was der BRD in die Karten spielte. Grund für diesen wirtschaftlichen Erfolg war neben zahlreichen anderen Schweinereien die Schaffung des sogenannten Nied-

riglohnssektors in dem Ausmaß, wie wir ihn heute kennen. Zum einen sind neue schlechtbezahlte Arbeitsplätze geschaffen worden, was auch mit der Vereinfachung des Einsatzes von Leiharbeitern einherging. Zum anderen wurden etliche Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umgewandelt. Schon damals war immer wieder die Rede von der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“. Bis 2008 wurde der Niedriglohnssektor drastisch ausgebaut, bis er bei neun bis zehn Millionen Arbeitern stagnierte. Gepriesen wurden die neuen Arbeitsplätze damals als so etwas wie ein Sprungbrett für Langzeitarbeitslose, um wieder ins Arbeitsleben zu finden. Doch herausgestellt haben sie sich als ein Mittel zur Erfüllung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Imperialismus auf Kosten der Arbeiter. Die BRD schuf sich so den größten Niedriglohnssektor Europas. Diejenigen, die im Niedriglohnssektor angefangen haben, zu arbeiten, sind in den meisten Fällen immer noch im Niedriglohnssektor beschäftigt.

Mit dem Ausbau des Niedriglohnssektors nahm auch die Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn immer mehr an Fahrt auf, denn auf einmal waren es Millionen, die für die knappen Löhne arbeiten mussten. An unterschiedlichen Stellen in verschiedenen Branchen wurden Löhne gesetzlich angehoben und wieder gesenkt, wie z. B. bei der Post. Doch die BRD schaffte es, sich über Jahre hinweg vor einem gesetzlichen Mindestlohn zu drücken. Die Panikmache war groß, Interessensvertreter der Kapitalisten warnten vor einem Kollaps des Systems, vor Massenentlassungen und Stellenabbau. Sie behaupteten, dass es für die Konzerne nicht zu bezahlen wäre und bezeichneten einen gesetzlichen Mindestlohn als einen „gefährlichen Eingriff des Staates in die Marktwirtschaft“. Auch die bürgerlichen Parteien von CDU bis Linke sprachen sich gegen den Mindestlohn aus und malten ihn in den dunkelsten Farben. Sogar die Gewerkschaften waren dagegen. Dabei war die BRD schon zu diesem Zeitpunkt eines der wenigen Länder der EU, indem es keinen gesetzlichen Mindestlohn gab. Doch mit der verschärften Ausbeutung der im Niedriglohnssektor beschäftigten Arbeiter entstand Handlungsnot. Nach den Bundestagswahlen im Jahr 2013 und der Bildung der damaligen großen Koalition aus CDU und SPD landete das Thema Mindestlohn dann erstmals

ernsthaft auf dem Tisch. Der Mindestlohn wurde im Koalitionsvertrag verankert und dann am 03. Juli 2014 durch den Bundestag beschlossen. Mit Anbruch des Jahres 2015 war es dann soweit – ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro trat in Kraft. Entgegen der vorherigen Hysterie folgten keine Entlassungen, kein Stellenabbau und die Behauptungen entpuppten sich als reine Angstmache. Von da an wurde der Mindestlohn immer mal wieder um den ein oder anderen Cent erhöht, sodass er aktuell bei 9,82 Euro liegt.

Schnell zeigte sich jedoch, dass auch ein gesetzlicher Mindestlohn nicht dafür sorgt, dass plötzlich alle in Saus und Braus leben. Vielmehr wurden die Löhne nur an die stetig steigenden Lebenshaltungskosten angeglichen. Die Löhne wurden zwar höher, gleichzeitig wurde aber auch alles teurer. Zwischen 2010 und 2020 stieg allein der Preis von Lebensmitteln in der BRD um insgesamt 24 Prozent. Der Benzinpreis ist dieser Tage auf einem Höchststand, die Inflationsrate steigt immer weiter und die Reallöhne sinken sogar. Alles zusammen genommen, ist es eine massive Verschlechterung der Situation der Arbeiter in der BRD.

Blickt man etwas ausführlicher in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung und schaut sich neben der Mindestlohnerhöhung auch die anderen Beschlüsse an, ergibt sich aus den einzelnen Teilchen ein Gesamtbild. Mit einem Mindestlohn von zwölf Euro legt sich der deutsche Staat erst die Grundlage für die verstärkte

Ausbeutung der Arbeiter. So heißt es: „Wir erhöhen den Mindestlohn und schaffen ein modernes Arbeitsrecht, das Sicherheit und fair ausgehandelte Flexibilität ermöglicht.“ (S.66). Und anschließend: „Künftig orientiert sich die Minijob-Grenze an einer Wochenarbeitszeit von 10 Stunden zu Mindestlohnbedingungen. Sie wird dementsprechend mit Anhebung des Mindestlohns auf 520 Euro erhöht.“ (S.66). Das Zentrale hier ist vor allem die Flexibilisierung. Die Regierung plant mehr Minijobs zu schaffen, die nach Mindestlohnerhöhung mit 520 Euro entlohnt werden. Nach der Vorstellung der Regierung können so all diejenigen Kollegen, die zurzeit noch aufstocken müssen, stattdessen einen Minijob annehmen. Das gleiche gilt für Rentner, die auch für die Argumentation des Arbeitsministeriums erhalten müssen, wenn die Mindestlohnerhöhung schön geredet wird. Zu den Rentnern heißt es im Koalitionsvertrag: „Zweitens wollen wir allen älteren Erwerbstätigen, die dies können und wollen, ermöglichen auch mindestens bis zum regulären Renteneintrittsalter zu arbeiten.“ (S.33). Rentner mit kleiner Rente sollen nach der Rente noch einen Minijob annehmen können und weiter arbeiten. Ganz nach dem Motto – anstatt dass der Staat das bezahlt, können die Leute doch einfach länger arbeiten gehen. Mit einem Mindestlohn von zwölf Euro wird das Fundament geschaffen, von dem sich gerade so leben lässt. Die Situation der Arbeiterklasse in der BRD wird aber im Allgemeinen durch die Vorhaben der Ampel-Regierung massiv verschlechtert werden und auch der neue Mindestlohn bildet die Grundlage dafür. •



Versprechen eines Gangsters

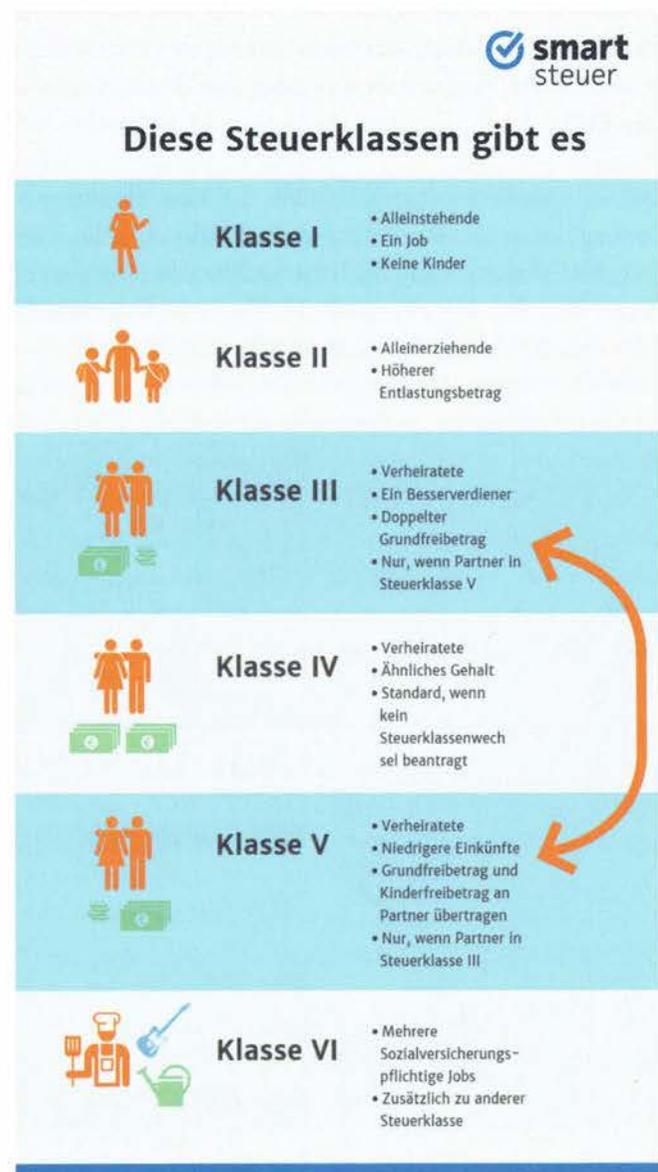
## EHEGATTENSPLITTING-REFORM FÜR MEHR AUSBEUTUNG

**M**it ihrem neuen Koalitionsvertrag will die Ampel-Regierung das Ehegattensplitting reformieren. Dieses sogenannte Ehegattensplitting ist ein Steuergesetz, das schon seit langer Zeit in der BRD existiert. Angeblich soll die Reform die Unterschiede zwischen den Einkommen von Männern und Frauen zu beseitigen. Hat die neue Regierung tatsächlich so ein Interesse an der Situation der Frau?

### WAS IST EHEGATTENSPLITTING?

Das Ehegattensplitting ist ein sogenanntes Splittingverfahren, das seit 1958 in der BRD gilt und bei der Berechnung der Einkommensteuern von Ehepaaren angewandt wird. Die Steuern von Ehepartnern werden dort zusammengerechnet, halbiert und jeder Partner hat die Hälfte der anfallenden Steuern bezahlt. Um zu verstehen, wie es die Unterdrückung der arbeitenden Frauen in der BRD aufrechterhält, muss man die Situation von Arbeiterinnen in Deutschland im Allgemeinen betrachten. Die Frau verdient nach wie vor weniger Geld als der Mann, arbeitet häufiger in Teilzeit oder im Minijob. Die Realität von vielen Arbeiterinnen in der BRD ist, ein paar Stunden am Tag zu arbeiten, weil das Geld sonst nicht reichen würde, und danach Waschen, Putzen, Einkaufen, Kinder und Kochen, während der Mann den größten Teil des Geldes ranschaft. Kurz gesagt: Der Mann verdient das Geld, die Frau schmeißt den Haushalt. Diejenigen, die in den allermeisten Fällen weniger verdienen, sind nun mal die Frauen, und so werden sie dazu verdammt, hauptberuflich Hausfrau zu sein. Das Ehegattensplitting befeuert dies und stürzt die Frau in noch größere Abhängigkeit. Denn wenn Paare verheiratet sind, können sie wählen, ob sie automatisch in die Lohnsteuerklasse 4 und 4 gehen, bei der die nahezu gleiche Steuerlast bei jedem Partner wie in der vorherigen Steuerklasse 1 anfällt, oder in Steuerklasse 3 und 5 sein möchten. Bei letzterer Variante kann man sehr vereinfacht sagen, dass die Steuern, die über den Besserverdiener anfallen, so berechnet werden, als hätte der Partner kein Einkommen. So wird bei ungleichen Einkommen in einer Ehe mit einem geringver-

dienenden Partner gegenüber der „4-4-Methode“ gespart. In dieser Gesellschaft ist die Benachteiligte bei dieser Variante in der Regel die Frau, weil Frauen nicht nur für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden, sondern auch allgemein Arbeit machen, die schlechter bezahlt wird. Als Frau muss man durch das Ehegattensplitting genauso hohe Steuern zahlen wie der Mann, der in der Regel deutlich mehr verdient. So schürt das Ehegattensplitting und die dadurch ermöglichte „3-5-Methode“ die wirtschaftliche Einheit und Abhängigkeit der Familie enger. Diese Betrachtung der Familie als wirtschaftliche Einheit ist aber eine große Last auf den Schultern der arbeitenden



Frau, die im Schnitt weniger verdient als der Mann und so von ihm abhängig gemacht wird.

## DIE ZUKUNFT DES EHEGATTENSPLITTINGS

Der neue Koalitionsvertrag sieht nun vor, die „Kombination aus den Steuerklassen 3 und 5 in das Faktorenverfahren der Steuerklasse 4 zu überführen“. Ein Beweggrund dafür ist angeblich, dass sie die „Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen“ wollen. Die Reform des Ehegattensplittings soll also dazu dienen, Frauen einen Vorteil zu verschaffen?

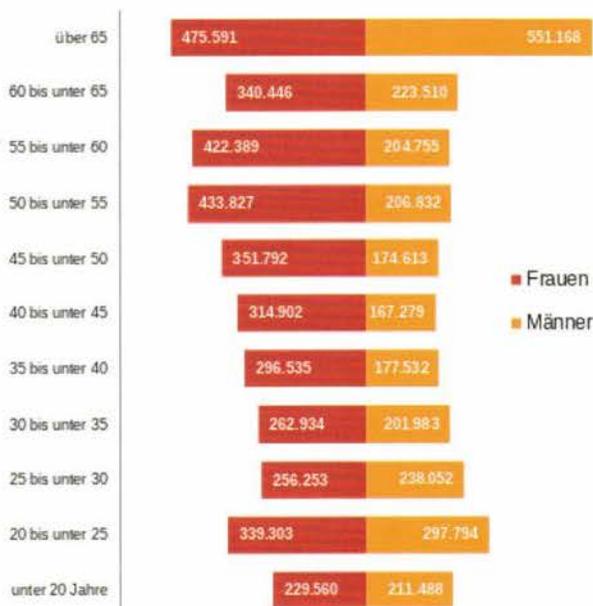
Mit der Änderung veranlasst die Bundesregierung, dass die Einsparungen für die Familie durch das Ehegattensplitting nicht mehr zur Geltung kommen, d.h. mehr Arbeiten und mehr Einkommen für Frauen wieder attraktiver werden. „Wir wollen die Familienbesteuerung so weiterentwickeln, dass die partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Blick auf alle Familienformen gestärkt werden“, steht zur Steuerklassenüberführung im Koalitionsvertrag der SPD, Grünen und FDP. Der Wechsel zu Steuerklasse 4 bedeutet zuerst einmal nicht die Abschaffung des Ehegattensplittings, sondern lediglich eine Änderung, über welche Person wie viel Steuern anfallen – zahlen müssen immer noch beide untereinander die gleichen Steuern trotz ungleicher Einkünfte. Da aber jetzt die Vergünstigungen für Paare mit einer Geringverdienerin / Arbeitslosen wegfallen, lohnt es sich mehr für sie, arbeiten zu gehen – und da bieten sich eben die zahlreichen Stellen im Niedriglohnsektor an, die die BRD besetzt haben will. Es soll jetzt nicht mehr den Anreiz geben „je größer der Unterschied zwischen den Gehältern, desto größer ist die Steuerersparnis“. Die Tendenz soll dahin gehen, dass mehr Frauen, die bisher nur zuhause sind und gar keine Lohnarbeit verrichten, nebenbei noch einen Minijob annehmen. Was sich vorher wegen der höheren Steuerlast nicht gelohnt hätte, macht nach der Reform durchaus Sinn, um noch ein bisschen Geld dazu zu verdienen. Entsprechend dem allen steigen dann auch die Steuerabgaben, und die Bundesregierung kann durch die Reform vor allem mit mehr Geld in den Renten- und Steuerkassen rechnen.

Die aktuelle Überproduktionskrise, in der wir uns befinden, wird noch ausgebremst durch Maßnahmen der Regierung, wie z.B. das Kurzarbeitergeld. Sie hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, noch mehr Leute werden ihre Jobs verlieren. In diesen Zeiten

mehr neue Arbeiter in der Hinterhand zu haben, die man am besten nicht unbefristet fest anstellen muss, passt den Herrschenden sehr gut. Gleichzeitig wird der Mindestlohn angehoben und die Mini-Jobs „attraktiver“ gemacht. Durch die neue Steuerregelung reguliert die Regierung die Wirtschaft in ihrem Interesse, schafft aber keineswegs eine Verbesserung der Situation der Frau, sondern lotst die Frauen der Arbeiterklasse nur mehr in die miesesten Jobs rein.

Die Reform des Ehegattensplittings dient insbesondere dazu, all die arbeiterfeindlichen Maßnahmen aus dem neuen Koalitionsvertrag, die von Förderung von Minijobs bis zur Abschaffung des Acht-Stunden-Tages reichen, durchzusetzen. Die Frauen und ihre schlechte Situation werden nur zum Mittel zum Zweck gemacht, während die Regierung uns gleichzeitig das Blaue vom Himmel verspricht. Egal ob als Hausfrau hinter dem Herd oder als Arbeiterin im Betrieb: Im imperialistischen System, in dem wir leben, ist die Frau permanent ausgebeutet. Das ist auch die Realität unter der neuen Regierung, die sich „die große Gleichberechtigung“ auf die Fahnen schreibt. Im Kontext des Plans der Regierung nimmt die doppelte Ausbeutung der Frauen durch die Reform lediglich ein bisschen an der einen Stelle ab, um an einer anderen Stelle sich zu intensivieren. •

### Minijobber im gewerblichen Bereich nach Altersgruppen und Geschlecht



## GELD FÜR ANTIMUSLIMISCHE SCHULSTUDIEN, ABER NICHT FÜR DIE SCHULEN UND JUGEND

Die neue regierende Bürgermeisterin Giffey kündigte an, dass „Infizierte, die aber keinerlei Symptome haben, in bestimmten Bereichen im Ausnahmefall weiter zur Arbeit kommen“, was sie als „Not-Not-Notlösung“ bezeichnete. Eine Entscheidung, die die Verhinderung einer Infektion ins Absurde führen würde. Wir sollen uns weiter testen lassen und in der Freizeit entsprechend weiter brav zu Hause bleiben und uns nicht treffen, aber sogar krank weiterarbeiten. Dass das an einigen Orten sogar schon allgemeine Praxis ist, berichten beispielsweise die stationäre Kinder- und Jugendhilfe. Diese waren schon vor den ersten „Lockdowns“ unterbesetzt und überstrapaziert. Entsprechend ist es ihnen oft nicht möglich, erkrankte Kollegen einfach nach Hause zu schicken. Die zusätzlichen Zahlungen sind, wie sie berichten, weit unter den Mehrausgaben für weitere Räume, Schutzausrüstung und Ähnliches. Diese brachten in Verbindung mit den zusätzlichen Überstunden hohe Kosten; allein im ersten Jahr der Pandemie waren es 110.000 Euro für diese Vorsorge in Berlin. Die bisherige Förderung des Senats beläuft sich dagegen auf einmalig 38.000 Euro, 200 Euro pro belegtem Platz in den Einrichtungen, „zur Stabilisierung des Personaleinsatzes“. Eine Kommentatorin unter einem Bericht dazu fasst das Ganze wie folgt zusammen:

*„[...] Positiver Test spielt keine Rolle, zu Hause bleibt nur, wer nicht aufstehen kann, die geleisteten Überstunden pro Kollege liegen bei um die 500, Bewerber gibt es keine wegen der geringen Bezahlung, und mehr können die Träger nicht zahlen, weil es vom Staat nicht mehr Geld gibt. Für die Förderung armer Kinder hat die deutsche Politik bekanntermaßen nicht viel übrig. Schon gar kein Geld!“*

Wofür die Stadt Berlin im Bereich Bildungswesen und Betreuung der Kinder allerdings Geld übrig hat, ist die Förderung des Chauvinismus gegen den Muslime und im Allgemeinen Migranten. Einen neuen Höhepunkt des Ausdrucks dessen ist eine vor Kurzem veröffentlichte Studie von „Devi“ („Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“), ein ausschließlich von der Stadt Berlin und dem Land Brandenburg geförderter Verein. Laut Selbstbeschreibung fokussiert er sich eigentlich auf „der

Bekämpfung von Rechtsextremismus“, in letzter Zeit wurden aber vor allem Veröffentlichungen gemacht, in denen es um den Glauben von muslimischen Schülern geht, wobei der Glaube als „demokratiegefährdende Ideologie“ bezeichnet wird.

Devi legte nun die „Bestandsaufnahme Konfrontative Religionsbekundungen in Neukölln“ vor, in der sie unterschiedliche Angestellte und vor allem Schulleitungen von mehreren Schulen in Neukölln interviewen und daraus vermeintliche Probleme mit muslimischen Schülern ableiten. Die Interviews sind komplett anonymisiert und nicht einmal die teilnehmenden Schulen werden benannt, sodass keine der Aussagen überprüfbar wird und die Schulleiter für ihre angeblichen Aussagen in keiner Form Rechenschaft schuldig sind.

Was sie mit „Konfrontativer Religionsbekundung“ meinen, erklären sie in dieser Veröffentlichung nicht, definieren sie aber andernorts, nach entsprechender Kritik durch einige Journalisten so:

*„Kritiker\*innen am Konzept der konfrontativen Religionsbekundung führen immer wieder an, dass dieser Begriff nicht definiert sei und jede\*r für sich selbst entscheiden könne, was unter ‚konfrontativ‘ verstanden werden könne. Dies ist aber falsch. Wir arbeiten mit folgender Definition: ‚Unter konfrontativer Religionsbekundung an Schulen verstehen wir religiöse Praxen sowie religiös konnotiertes (Alltags)Verhalten, die in der (Schul-) Öffentlichkeit ausgelebt und ausagiert werden, auf die Herstellung von Aufmerksamkeit zielen, provozieren wollen, erniedrigen und/oder Dominanz herstellen sollen.‘ Diese Definition ist klar und grenzt das Phänomen nachvollziehbar und deutlich ein.“*

Für sie ist also das „Dominieren“ und Erniedrigen von Schülern das selbe Phänomen wie „Alltagsverhalten in der (Schul-) Öffentlichkeit“, beides „konfrontativ“ und somit ein Problem. Der Fokus der Erzählung aus der Publikation liegt dabei auf diesem „Alltagsverhalten“. So wird unter anderem von den Wünschen von Schülern nach einem Gebetsraum berichtet, die die betroffene Schulleitung selbst nicht einmal als Problem sieht (offensichtlich aber auch nicht ernst nimmt oder

erfüllt, da berichtet wird, diese Forderungen würden jährlich erneut von Schülern gemacht werden). Zusätzlich wird ausführlich über das „Problem“ gesprochen, dass muslimische Schüler halāl essen wollen. Bei keiner der Schulen, deren Handhabung dieser Frage beschrieben wird, scheint es eine reale Schwierigkeit darzustellen, da sie beschreiben, dass halāl essen für die Kinder ohnehin möglich sei. Für die Studie ist das trotzdem „Konfrontative Religionsbekundung“, wenn die Kinder dieses Angebot nutzen.

„Probleme“ wie diese und einzelne Anekdoten über Schüler sind dann trotzdem Argumentationsgrundlage für das Fazit der Studie. Das besagt hauptsächlich, dass die „Konfrontative Religionsäußerung“ ein Problem darstelle, und daran habe angeblich ausschließlich der Islam schuld. Dabei geht es wohlgermerkt explizit nicht darum, wie die tatsächlichen Probleme der Schüler behoben werden könnten, die auch teilweise am Rande erwähnt werden. Wirkliche Probleme, wie die Armut der Familien, die fehlenden Möglichkeiten der Eltern, den Kindern bei Schulproblemen und Hausaufgaben zu helfen, und teilweise daraus resultierende schlechte oder fehlende Schulabschlüsse der Kinder, antimuslimischer Chauvinismus gegen die Kinder, den die Studie selbst weiter befeuert und viele weiter. Das alles wird höchstens als Problem angesehen, sofern die Kinder dadurch „anfälliger für konservative Religionsauslegungen“ werden. Die Studie tut nicht einmal mehr so, als wolle sie den Kindern tatsächlich helfen.

Die Studie dient dem Schüren von antimuslimischen Chauvinismus und der Rechtfertigung der Existenz und Finanzierung von Devisen selbst. Dazu dient sie auch der Kampagne aktuell unter Führung der Berliner SPD als Regierungspartei, die jetzige Auslegung des „Neutralitätsgesetzes“ in Berlin durchzusetzen und zu erhalten. Dieses besagt, dass Angestellte der Stadt, unter anderem Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, keine „religiösen oder weltanschaulichen Symbole“ tragen dürfen, was in der aktuellen Auslegung ein Kopftuchverbot bei Lehrerinnen beinhaltet. Dagegen gab es bereits mehrfach erfolgreiche Klagen, laut denen das Kopftuchverbot „nur bei einer konkreten Gefahr für den Schulfrieden oder für die staatliche Neutralität möglich ist“. Es gibt einen weiterhin andauernden Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht, der noch darüber urteilen wird. Die Studie versucht also, öffentliche Meinung für das Gesetz zu schaffen und argumentiert mehrfach, dass das Tragen von

Kopftüchern ja immer eine „konkrete Gefahr für den Schulfrieden sei“.

Das Zitat einer Schulleitung dazu ist: *„Ich hoffe, wir erhalten die Neutralität. Keine Lehrerin mit Kopftuch hier. Auf keinen Fall, das sendet ja wirklich noch andere Signale. Man trägt ja auch keine anderen religiösen Symbole. Also, Schule ist staatlich. Das hat da nichts zu suchen.“* Wie das mit der von dem selben Staat garantierten Freiheit der Religionsausübung zusammen kommt, bleibt offen. Die selbe Schulleitung behauptet auch, dass jedes Problem der Schüler mit Israel religiös motivierter Antisemitismus sei: *„Dabei wissen sie nicht einmal, was Israel ist. Aber das kommt von zu Hause ... da gibt es ja hunderte arabische Fernsehsender, die nicht mit ARD und ZDF vergleichbar sind“* Und sie sieht einen „politischen Willen“, der „interkulturell“ sei, den sie nicht mehr haben wolle und wegen dem sie sich „Sorgen um die Gesellschaft“ mache. Die Studie meint trotzdem: *„Hervorzuheben ist, dass in keinem einzigen Fall Ressentiments gegen die jeweiligen Schüler\*innen (und/oder gegen ihre jeweilige Religion) in den Gesprächen spürbar werden. Im Gegenteil wurde in allen Gesprächen, die wir geführt haben, eine große Zuegowandtheit zu den Kindern und Jugendlichen greifbar sowie eine sehr ausgeprägte Professionalität im Umgang, auch mit Schüler\*innen, die in der Beschreibung unserer Gesprächspartner\*innen vermeintlich oder tatsächlich Probleme haben oder bereiten.“*

Neben Studien für Beförderung von antimuslimischen Chauvinismus hat die Stadt Berlin in letzter Zeit auch zusätzlich Geld über, um die Militarisierung der Polizei und ihre dauerhafte Präsenz überall mehr auszubauen, in einem Versuch, mehr Orte und Bereiche näher an den dauerhaften Besatzungszustand zu bringen, den sie vorhaben. Ein zentrales Beispiel ist das Kottbusser Tor in Kreuzberg, an dem Giffey nun plant, eine feste Polizeistation zu installieren. Dieser gilt schon seit 1996 als „kriminalitätsbelasteter Ort“ (kbO). Dort darf die Polizei ohne Verdacht einer Straftat Ausweispapiere überprüfen und Personen sowie Sachen durchsuchen. Nach Wünschen der Polizeigewerkschaft (GdP) soll dort ein mehrstöckiger Neubau mit 300 Quadratmetern und 65 Bullen gebaut werden. Um diesen Bau und die Wache gegen die Bevölkerung des Viertels durchzusetzen, die der Senat als *„zum Teil polizeifeindliche Szene, die aggressiv reagieren könnte“* beschreibt, soll die Wache rund um die Uhr stark besetzt, die Videüberwachung ausgebaut und durch ständige Streifenfahrten „im Umfeld“ ergänzt werden. •

## MIETSPIEGEL STEIGT, SOZIALER WOHNUNGSBAU SINKT



Hamburgs Umwelt- und Energiesenator Jens Kerstan (Grüne) und Stadtentwicklungssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD)

**M**itte Januar wurde die „Wohnraumförderungsbilanz“ vorgestellt. Seit Jahren setzt sich der Hamburger Senat Ziele, um den Wohnungsneubau jährlich zu erhöhen, angeblich, um den stetig steigenden Bedarf etwas entgegen zu setzen. Außerdem wurden die Zahlen des neuen Mietspiegels veröffentlicht.

Im sogenannten „Bündnis für Wohnen“ sitzt der Hamburger Senat zusammen mit Vertretern der Hamburger Wohnungswirtschaftsunternehmen und verhandelt über die Beschränkungen im Wohnungsmarkt. Es wurde dieses Jahr erneut beschlossen, dass 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr erteilt werden sollen, bis mindestens 2025. „Zur Gewährleistung einer angemessenen, attraktiven und bezahlbaren Wohnraumversorgung der Bevölkerung sind Wohnungsneubau und Weiterentwicklung im Bestand auf einem dauerhaft hohen Niveau erforderlich“, heißt es in der Vereinbarung zum „Bündnis für das Wohnen“.

Mehr neu gebaute Wohnungen heißt laut Bündnis, dass dadurch der erhöhte Bedarf nach größerem, bezahlbarem Wohnraum „für alle“ besser gedeckt werden kann und die Mieten in einer Großstadt wie Hamburg weniger schnell ansteigen. Doch ihre Rechnung geht nicht auf. Schaut man sich außerdem die Erreichung ihrer selbst gesteckten Ziele in den vergangenen Jahren an, kann man sich die Frage stellen, warum der Senat sich solche Ziele überhaupt setzt.

Seit mehreren Jahren werden die Ziele zum sozialen Wohnungsbau weit verfehlt. Betont wird aber immer in verschiedenen Pressekonferenzen, dass sich der

soziale Wohnungsbau bundesweit im Vergleich zum Vorjahr erhöht hat. Es ist leicht, die Erhöhung zum Vorjahr hervorzuheben, ohne zu zeigen, dass sie jedes Jahr auf Neue an ihren selbst gesteckten Zielen nicht ansatzweise herankommen.

In ganz Hamburg sollen jährlich knapp 10.000 Wohnungen gebaut werden. Davon sollen 30-35 Prozent Sozialwohnungen (6,90 – 9 Euro pro Quadratmeter) werden. Das heißt, lediglich ein Drittel aller neu gebauten Wohnungen. Eine Sozialwohnung mit 50 Quadratmeter kostet „nur“ ca. 500 Euro kalt. Diese 30-Prozent-Marke orientiert sich an der „Drittelmix“-Regelung des Bündnisses für Wohnen, wonach ein Drittel der Neubauten Eigentumswohnungen werden sollen, ein Drittel frei finanzierte Wohnungen und ein Drittel Sozialwohnungen. 2021 wurden aber laut der Zahlen der Hamburger Investitions- und Förderbank nur 1.895 statt der gesetzten 3.500 Sozialwohnungen fertig gestellt, also nur gut die Hälfte der geplanten Wohnungen. In den Vorjahren wurde die doppelte Anzahl Sozialwohnungen gebaut. Gleichzeitig wurde aber das Ziel der Genehmigung von 10.000 neuen Wohnungen insgesamt knapp erreicht.

Und nun verkündete Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher, „selbst unter den Bedingungen der Pandemie ist es im vergangenen Jahr gelungen, den Bau von mehr als 10.000 neuen Wohnungen zu genehmigen“. Kein Wort über die viel zu geringen Zahlen vom sozialen Wohnungsbau. Doch wie Herr Tschentscher weiß, ist Wohnungsneubau nicht etwas, was automatisch die Wohnungsnot bekämpft. Viele Familien suchen seit Jahren erfolglos eine neue Wohnung, müssen auf viel zu

engem Raum zusammen leben, müssen mit Schimmel- und Ungezieferbefall in ihren Häusern leben, dabei zahlen 12 Prozent der Hamburger mehr als 50 Prozent ihre Einkommens allein für die Miete. Das machen die Familien nicht, weil es nicht genug „Auswahl“ auf dem Wohnungsmarkt gibt. Sondern weil sie schlicht keine Wahl haben. Pandemie hin oder her: Das selbst gesteckte Ziel von 3.500 Sozialwohnungen so weit zu verfehlen und den Leuten dennoch ins Gesicht zu grinsen und einen Erfolg der Hamburger Wohnungspolitik zu behaupten, ist mehr als zynisch.

Ganz davon abgesehen, dass diese Ziele nichts mit der Realität zu tun haben und viel zu niedrig angesetzt sind. In Hamburg hätten mehr als 339.000 Haushalte wegen ihres niedrigen Einkommens Anspruch darauf, eine Sozialwohnung zu beziehen. Die Zahl der Sozialwohnungen stagniert aber bei insgesamt 77.700. Zu behaupten, es wäre ausreichend, 3500 neue Wohnungen pro Jahr zu Sozialwohngen zu machen, verhöhnt die Leute, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete zahlen sollen. Denn jedes Jahr laufen einige „Bindungsfristen“ als Sozialbauten aus, d.h. die Förderung einer Wohnung wird beendet. Was den Unternehmen in diesem Vertrag des „Bündnis für Wohnen“ dieses Jahr zugesichert wurde, ist außerdem eine „Rechtssicherheit“ durch den Senat, dass die einzelnen Bezirke die Genehmigungsverfahren von Neubauten nicht zu Lasten der Wohnungswirtschaft entscheiden dürfen. Normalerweise erteilt der Bezirk die Genehmigungen und kann damit auf die Wohnungsbauer einwirken, zum Beispiel in Fragen der Öko- und Gestaltungsstandards. Wenn der Bezirk mehr vom Wohnungsbauer verlangt, als das Bündnis vorschreibt, kann der Senat das Verfahren an sich ziehen und dem Bezirk weitere Schritte vorgeben. Den Bezirken werden vom Senat also sang- und klanglos Befugnisse entzogen, um die Unternehmen zu begünstigen und die Statistik nach oben zu treiben.

Offiziell sind die „erschweren Bedingungen“ der Pandemie schuld an der Misere. Die Baustoffpreise hätten massiv angezogen und Rohstoffknappheit mancher Materialien werden als Gründe angegeben. Manche Neubauprojekte seien aufgrund der Pandemie vorübergehend gestoppt worden. Wieder wird die Pandemie als Begründung vorgeschoben, die die „Wirtschaft ins Stocken gebracht“ hätte. Dabei war die aktuelle weltweite Überproduktionskrise bereits abschbar, bevor „Corona“ da war. Dieses Jahr erhalten Investoren auf einen Schlag 12 Prozent mehr Fördergelder, um den sozialen Wohnungsbau

anzukurbeln. Egal, wie sehr sie suchen, ihre Statistik zu beschönigen, am Ende geht es ihnen nicht darum, dass die Arbeiterklasse angemessen leben kann. Die Politiker kümmern sich um das, was den Unternehmen und somit ihnen Profit bringt.

Dazu kommt: Mitte Januar wurde auch der neue Mietspiegel von Hamburg veröffentlicht. Beim Mietspiegel wird die „ortsübliche Vergleichsmiete“ im frei finanzierten Wohnungsbau ermittelt. Die Mieten von neuen Verträgen, als auch von bestehenden Verträgen, werden verrechnet zu einem „Vergleichswert“, der zur Begründung für Mieterhöhungen da ist. Dieser steigt dieses Jahr um 7,3 Prozent und ist damit der höchste seit 20 Jahren. Wie viel „unsere“ Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeld dafür übrig hat, kommentierte das Hamburger Abendblatt treffend: *„Statt das so wichtige Thema in der Landespressekonferenz auf der großen medialen Bühne zu präsentieren, stellte [...] Stapelfeld den neuen Mietenspiegel am Montagnachmittag fast verschämt in ihrer Wilhelmsburger Behörde vor. Nicht einmal eine Pressekonferenz war ihr der stärkste Mietenanstieg seit 20 Jahren wert. Stattdessen ließ Stapelfeld nur handverlesene Medienvertreter zum Gespräch bitten.“* Ein Haufen Briefe mit Ankündigungen von Mieterhöhungen dürfte in der nahen Zukunft in vielen Hamburger Haushalten eintrudeln, da der Anstieg auch Grundlage für neue Erhöhungen ist. Selbst die SAGA, die stadtteigene Wohnungsbaugesellschaft, die die meisten Sozialwohnungen in Hamburg verwaltet, sieht sich angeblich gezwungen, die Miete ebenso an den Mietenspiegel „anzupassen“ und um „nur“ 5 Prozent zu erhöhen. Dabei wurde Mitte 2021 bekannt, dass die SAGA im ersten „Pandemie-Jahr“ 2020 1,2 Milliarden Euro Umsatz erzielte, rund 20 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Unternehmen werden mit einer Sache reicher und reicher, die für uns ein „Grundrecht“ sein sollte: das Recht auf Wohnraum. Stetig steigen die Lebenshaltungskosten; nicht nur die Miete wird teurer, auch Strom- und Gaskosten sind massiv angestiegen, aber unsere Löhne stagnieren. Eine Sprecherin des Mietervereins Hamburg bezeichnet diese Entwicklung als eine „tickende Zeitbombe für die Gesellschaft“.

Die Herrschenden versuchen, ihre Misere zu verschleiern und uns weiter im Glauben zu lassen, sie tuen doch etwas für uns. Wenn sie sich für uns einsetzen, dann, um die „Zeitbombe“ etwas länger ticken zu lassen, um den sozialen Frieden zu wahren. ■

## WINTERDIENST – WENN WEISSE WEIHNACHTEN ZUM ALBTRAUM WERDEN



*Hirsch Gelände in Bremen*

Die Wintermonate sind nun fast vorbei und damit endet auch endlich die wohl härteste Zeit des Jahres für uns Arbeiter bei *Hirsch*. Denn ein Winter mit Eis und Schnee, den sich so viele wünschen, heißt für uns vor allem eins: Winterdienst. Unzählige Überstunden und Doppelschichten und das auf Abruf, 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Die Bremer Firma *Hirsch* ist mit über 100 Arbeitern einer der führenden Entsorgungsbetriebe Norddeutschlands mit den hauptsächlichen Arbeitsfeldern Recycling und Wertstoffhandel. Aber neben Gartenarbeiten und Gehwegreinigung bietet *Hirsch* auch weitere Arbeiten an, wie eben den Winterdienst.

Aber was ist der Winterdienst denn nun eigentlich genau? Tja, das haben wir auch erst erfahren, als der Winter kam, denn weder im Arbeitsvertrag, noch im Vorstellungsgespräch wurden wir darüber aufgeklärt, was alles hinter diesem Begriff steht. Klar, sonst hätte die Hälfte von uns wahrscheinlich auch nie unterschrieben. Aber mit dem ersten Frost haben wir schnell gelernt, worauf wir uns da eingelassen haben.

Grundsätzlich besteht die Arbeit im Winterdienst – wie der Name schon erahnen lässt – daraus, Gehwege und Straßen von Eis und Schnee zu befreien. Eine körperliche Arbeit, die über längere Zeit sehr anstrengend ist und genügend Zeit zur Regeneration erfordert. Aber da beginnt das ganze Problem. Denn für diese Arbeitseinsätze, die je nach Wetterlage so umfangreich sind wie ein normaler Vollzeitjob, ja sogar teilweise die gesetzlich erlaubten Arbeitszeiten von acht bis zehn Stunden täglich weit überschreiten, gibt es nicht einmal extra Arbeiter. Wir Arbeiter von der Garten- und Landschaftspflege und von der Gehwegreinigung müssen diese Arbeitseinsätze zusätzlich zu unseren regulären Schichten erledigen! Dabei ist es egal, ob direkt vor oder nach der Arbeit, mitten in der Nacht, an den gesetzlichen Feiertagen wie Weihnachten und Neujahr, oder während des Urlaubs. Im gesamten Zeitraum von Anfang November bis Ende April sind wir permanent in Rufbereitschaft, das heißt, wir müssen über das Handy erreichbar sein und zu jeder Tages- und Nachtzeit an dem entsprechenden Einsatzort antanzen, dazu hat man gerade einmal eine Stunde Zeit. Der einzige Weg, von der Rufbe-

reitschaft befreit zu werden, ist ein Krankschreibung vom Arzt. Das bedeutet natürlich, dass, wenn man im Urlaub krank wird, man gleichzeitig Urlaubs- und Krankheitstage verliert.

Die Einsätze im Winterdienst werden kaum höher vergütet als die regulären Arbeitszeiten, und die Rufbereitschaft wird gar nicht bezahlt. Was wie ein schlechter Scherz klingt, ist jedoch wahr und rechtens, denn die Rufbereitschaft zählt, anders als der sogenannte „Bereitschaftsdienst“, rechtlich als Ruhezeit, und zwar allein dadurch, dass man gegenüber dem Bereitschaftsdienst 40 Minuten länger Zeit hat, um zum Einsatzort zu kommen. Aber diese 40 Minuten sind nicht geschenkt, denn während man im Bereitschaftsdienst jede Stunde voll ausgezahlt bekommen muss, gibt es für uns in Rufbereitschaft gar nichts. Laut Gesetz darf die Rufbereitschaft allerdings nur verpflichtend sein, wenn es eine explizite vertragliche Vereinbarung dazu gibt. In unseren Verträgen steht aber nichts von Rufbereitschaft, dort verpflichtet man sich lediglich zum „Winterdienst“, ohne darüber aufgeklärt zu werden, was das eigentlich ist. Die wenigsten kennen sich dann mit der Rechtslage genug aus, um auf dieser Grundlage die Rufbereitschaft zu verweigern, denn die Vorgesetzten stellen das Ganze natürlich so dar, als führte kein Weg daran vorbei. Und als Einzelner zu versuchen, diese unwürdigen Zustände anzufechten, bringt einem höchstens die Kündigung, denn irgendeinen Grund finden sie immer, um uns loszuwerden.

Aber damit noch nicht genug; es ist keine Seltenheit, bei einem Einsatz weit mehr als 12 Stunden draußen in der Kälte unterwegs zu sein, und natürlich wird von uns erwartet, dass wir am nächsten Morgen pünktlich wieder auf der Matte stehen. Die gesetzlich festgelegte Ruhepause von 11 Stunden, oder ein Ausgleich, falls diese unterbrochen wird, interessiert *Hirsch* einen Dreck. Denn mit dem Winterdienst machen sie einen riesigen Haufen Geld und wollen sich natürlich die Ausbeute nicht dadurch schmälern lassen, dass sie uns irgendwelche Rechte zugestehen.

Oft haben wir während dieser Monate kaum genug Zeit, um uns körperlich von den anstrengenden Schichten zu erholen und setzen unsere Gesundheit aufs Spiel, um unseren Job nicht zu verlieren. Auch ein soziales Leben findet in dieser Zeit praktisch nur unter Kollegen statt, mit der Familie zu Abend

zu Essen oder sich auf ein Bier mit den Freunden zu treffen, ist kaum möglich. Die mentale Belastung, die die Rufbereitschaft mit sich bringt, kommt da natürlich noch oben drauf, denn an ruhigen Schlaf ist oft nicht zu denken und eine Zeit, in der man mal wirklich abschalten kann, gibt es auch nicht.

Aber da schert *Hirsch* sich natürlich wenig drum – solange man abgeliefert. Und wenn man schwächelt, gibt's von den Vorgesetzten einen auf den Deckel. Wir sollen jedes Jahr im Winter aufs Neue unsere Freizeit dafür opfern, bei den Bonzen Schnee zu schippen und bekommen im Gegenzug nicht mehr als einen Hungerlohn, während *Hirsch* sich mit unserer Arbeit eine goldene Nase verdient! Und natürlich betrifft das alles nicht nur uns Arbeiter bei *Hirsch*, der Winterdienst wird Arbeitern aus allen möglichen Betrieben in ganz Deutschland unter ähnlichen Bedingungen zusätzlich zu ihrem regulären Job aufgehalst. Tausende von Arbeitern werden jedes Jahr im Winterhalbjahr auf diese Weise ausgebeutet. Jedes Jahr aufs Neue werden wir unserer Rechte beraubt, um auch noch das letzte bisschen aus uns rauszuquetschen. Dabei wurden alle diese Rechte, wie zum Beispiel der Achtstundentag, von unseren Klassenbrüdern und -schwestern erkämpft. Sie werden uns immer wieder genommen, und wenn wir sie verteidigen wollen und darüber hinaus eine Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen wollen, müssen wir dafür ebenso kämpfen. Denn die Herrschenden werden uns freiwillig kein einziges Zugeständnis machen. Und die Angriffe auf unsere Rechte werden in diesem System immer und immer wieder kehren, solange es dieses gibt. Wenn wir uns von Ausbeutung und Unterdrückung befreien wollen, müssen wir alle zusammen dafür kämpfen, den Imperialismus zu zerschlagen! Wir Arbeiter sitzen alle im selben Boot, und die Bonzen sind diejenigen, die für unsere Ausbeutung Verantwortlich sind. Wir sind eine Klasse und es bringt uns nichts, uns gegenseitig beim Chef anzuschwärzen um einen winzigen Vorteil gegenüber den Anderen zu bekommen, oder unsere Wut aneinander auszulassen. Das Einzige, was uns stark genug macht, um eine Chance auf wirkliche Verbesserung zu bekommen, ist uns zusammenzuschließen und im Kampf gegen den Imperialismus zu organisieren. •

## DAS DROGENPROBLEM IN ESSEN UND DIE RAZZIEN DER POLIZEI



*Kriegsgebiet Freisenbruch? Der „Survivor R“ bei der letzten Razzia*

**A**m 19. Januar hat die Polizei in Essen mehrere Gebäude gestürmt. Dabei handelte es sich um eine groß-angelegte Razzia gegen die „organisierte Kriminalität“, dabei wurden mehrere Waffen und mehrere Kilogramm verschiedener Drogen, sowie 50.000€ Bargeld beschlagnahmt. Für eine Razzia, die in ihrem Ausmaß 20 Objekte betrifft und diese dann durchsucht wurden, ist die Ausbeute gering. Die Razzia reiht sich in die lange Kette von Razzien in der Stadt ein. Gefühlt jede Woche führen die Sondereinsatzkräfte der Polizei im Stadtgebiet eine Razzia nach der anderen durch. Immer dabei ist die Presse, die die Einsätze filmt und dann in ihren Zeitungen oder online verbreitet. Vor allem zu Wahlkampfzeiten werden diese Razzien dann von Politikern begleitet, um vorzugeben, sie würden sich für die Interessen des Volkes einsetzen. Doch diese Razzien lösen das Problem des Drogenhandels und seine begleitenden Probleme nicht.

Dass Essen ein Problem mit der „organisierten Kriminalität“ hat, ist klar, kann und sollte nicht klein geredet werden; an jeder zweiten Straßenecke stehen Lumpen und verkaufen Drogen oder bieten

einem Hehlerware an. Die Maßnahmen der Stadt belaufen sich dann seit Jahren auf das Gleiche: Mehr Kameras, mehr Polizei und mehr Sicherheitsdienste. Aber wurde das Problem gelöst? Nein, die Dealer gehen vom Rheinischen Platz, der jetzt seit Jahren 24 Stunden am Tag videoüberwacht wird, einfach zur Porsche Kanzel. Die Kameras sind erst gekommen, als der Teil der Stadt „aufgewertet“ wurde und an der „Grünen Mitte“ Eigentumswohnungen entstanden sind. Das Problem wurde von den schicken Neubauten in die Innenstadt verlagert, damit die feinen Herrschaften ihre Ruhe haben. Das weiß auch die Stadt und verkündet wieder mit dem Credo „Mehr Kameras, mehr Polizei und mehr Sicherheitsdienste“ dieses Problem zu lösen. Rund um die Porsche Kanzel ist im Rahmen der „Public-private-partnership“ ein ganzes Heer an Sicherheitsdiensten, Ordnungsdienst und Polizei entstanden, die untereinander koordiniert alle den selben Auftrag haben, und zwar für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dass diese Strategie zur Bekämpfung der Drogenkriminalität nicht funktioniert, sondern einfach nur zu noch mehr Überwachung der Innenstadt führt, zeigt sich auch da

dran, dass man zu jeder Uhrzeit an der Porsche Kanzel angesprochen wird, ob man nicht Drogen kaufen wolle.

Die in der Innenstadt patrouillierenden Polizisten kümmert das wenig, auch wenn bekannt ist, dass diese Lumpen Passanten am helllichten Tag „zum Spaß“ mit einem Messer bedrohen. Am Ende werden diese Leute toleriert, da sie zu „kleine Fische“ wären. Doch diese „kleinen Fische“ sind es, die die Drogen „an den Mann bringen“, und nicht nur die Innenstadt, sondern auch die Arbeiterviertel mit Drogen fluten. Fragt man im Viertel nach, was man davon hält, dass an jeder zweiten Straßenecke ein Dealer sein Gift an die Massen bringt, hört man häufig, dass dies eine Plage ist. *„Man bekommt viel schneller Drogen als einen Therapieplatz.“*, antwortete eine Frau, als man sie fragte, wie sie die Situation mit den Drogendealern fände. Dass dies traurige Realität ist, sehen wir auch im Fall von Adel B. Adel entwickelte kurz vor seinem Tod ein Drogenproblem und war auf der Suche nach psychologischer Unterstützung. Diese wurde ihm auf richterlichen Anlass, da er keine Gefahr für sich oder andere sei, verwehrt. Kurz danach wurde er von der Polizei erschossen und es hieß, er sei eine Gefahr gewesen. Das Beispiel von Adel zeigt diese Situation sehr gut; dem Staat sind die Probleme seiner Bürger egal, Hilfe wird einem auf der einen Seite verwehrt, auf der anderen Seite gibt es jedoch genug Ordnungskräfte, um Menschen stundenlang zu verfolgen um sie dann im Anschluss zu ermorden. Aber auch auf andere Weise wird deutlich, dass das Drogenproblem immens ist. Eine Mutter erzählte, dass sie regelmäßig Spritzen oder Drogen auf den Spielplatz finde, aber aufgrund der Gegebenheiten nicht die Möglichkeit hat, mit ihrem Kind zu einem anderen Spielplatz zu gehen. Ihr bleibt nur, diesen Müll selbst zu entfernen und sich der Gefahr auszusetzen, sich an den gebrauchten Spritzen im Notfall mit einer Krankheit zu infizieren.

Der Staat muss, um nicht noch mehr seinen Rückhalt unter den Massen zu verlieren, vorgeben, etwas gegen dieses Problem zu tun. Eine generelle Lösung des Problems will der Staat hingegen nicht, denn mit dem Kampf gegen die Drogen wird dann gerechtfertigt, große Teile der Stadt zu überwachen und zu „gefährlichen Orten“ zu erklären. Dies bedeutet dann, dass die Polizei „anlasslos“ Leute kontrollieren kann, aber vor allem mehr Schikane für die Betroffenen. Sie ist nur bestrebt, dass es sich nicht auf große Teile der Gesellschaft ausbreitet und ein Problem für die oberen

Gesellschaftsschichten wird. Ein Ende der Drogenkriminalität würde auch bedeuten, dass ein Vorwand für die massive Überwachung und Aufrüstung wegfallen würde.

In der Razzia wurde ein einfaches Tor, das man auch auf einen Schulhof vorfindet, mit einem 15 Tonnen schweren Panzerwagen, dem sogenannten „Survivor R“, aufgebrochen. Bei dem Fahrzeug handelt es sich um ein für Polizei- und Kriegseinsätze konzipierten Panzerwagen, der die Möglichkeit hat, schwere Maschinengewehre auf dem Dach zu montieren. Dass es nötig ist, mit so einen Wagen ein Tor aufzubrechen, scheint überzogen, doch der Staat verfolgt ein Ziel mit diesen Einsätzen. Es ist Ausdruck einer voranschreitenden Militarisierung der Polizei. Keine Polizeieinheit braucht Panzerwagen mit der Möglichkeit, schwere Maschinengewehre zu montieren, um eine Wohnung zu stürmen; worum es geht, ist es, die Polizei für ihre Aufgaben der Aufstandsbekämpfung auszurüsten. Diese voranschreitende Militarisierung der Polizei sehen wir nicht nur an den Fahrzeugen, sondern auch an den eingesetzten Beamten. Ein Einsatzkommando des SEK stürmte auf der Altendorfer Straße eine Wohnung. Dabei setzten sie unter anderen Sprengstoff ein, um die Türen aufzusprengen. Vom Auftreten her sehen diese in olivgrünen Kampfanzügen herumlaufenden Beamten mehr aus wie Elitesoldaten und nicht wie Polizisten. Dass diese Einsätze dann medienwirksam und in aller Öffentlichkeit durchgeführt werden zu einer Uhrzeit, zu der die Menschen auf dem Weg zur Arbeit sind, verfolgen das Ziel, dass diese möglichst viel Aufmerksamkeit erfahren. Denn diese Einsätze und dieses Vorgehen sollen normalisiert werden, und eine schwerbewaffnete Polizei, die aussieht, als ob sie in den Krieg zieht als Normalzustand, anerkannt werden. •



*Polizisten oder schon Soldaten?*

## ALLES MÖGLICH MIT CORONA?



**W**ährend die deutsche Bundesregierung immer noch über eine Impfpflicht und deren Umsetzung diskutiert, hat der baden-württembergische Gesundheitsminister Manfred Lucha schon ganz konkrete Pläne. Laut ihm sollten alle volljährigen Personen, die in Deutschland gemeldet sind und weder schwanger, noch medizinisch attestiert sind oder den Genesenenstatus innehaben, einen ausreichenden Impfschutz erhalten haben, was nach ihm drei Impfungen beinhalten würde. Das solle nicht als Impfwang verstanden werden, würde jedoch bei einem Verstoß eine Ordnungswidrigkeit sein und ein Bußgeld bedeuten. Um seine gewagten Vorschläge nicht auf Sand zu bauen, hatte das baden-württembergische Staatsministerium sogar extra ein Gutachten zur allgemeinen Impfpflicht in Auftrag gegeben, welches jetzt zum Schluss kam, dass diese nicht verfassungswidrig sei. Tübingens Bürgermeister Boris Palmer, der gerne mal in der Öffentlichkeit für Schlagzeilen sorgt, bot seine Stadt sogar als Versuchskaninchen für die Impfpflicht an, denn diese könne er locker durchsetzen.

Dass das Staatsministerium des Bundeslandes jedoch extra ein Gutachten erstellte, mag wohl auch daran liegen, dass sie bereits Erfahrungen haben mit Corona-Maßnahmen, die von den Gerichten wieder einkassiert werden. Erinnern wir uns an die nächtliche Ausgangssperre ab Dezember 2020, als im Namen des Infektionsschutzes niemand mehr abends/nachts raus durfte und das für knapp drei Monate, und obwohl die Inzidenzzahlen während-

dessen stark sanken. Als unverhältnismäßig titulierte der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim die Verordnung dazu und kippte sie im Februar 2021.

### IMPFREGISTER ALS „PILOTPROJEKT“

Doch wie sollte eine mögliche Impfpflicht umgesetzt werden? Dafür stellt die baden-württembergische Landesregierung gleich zwei Änderungsvorschläge vor, eines davon als „Pilotprojekt“ bezeichnet, und auch hier spielt Manfred Lucha wieder eine entscheidende Rolle. Bei dem sogenannten Pilotprojekt handelt es sich um eine Einführung eines Impfregisters in Baden-Württemberg. Dass das in einem kurzen Abstand zum Vorschlag der Impfpflichtumsetzung kommt, kann kein Zufall sein. Allerdings hat Lucha hier einen weitaus weniger ausgefeilten Vorschlag, aber er spielt sich in seiner Vorreiterrolle so auf, dass die tatsächliche Umsetzung erst mal wohl egal ist.

Denn weil die Bundesregierung in dieser Frage nicht schnell genug vorankomme, wolle man selbst aktiv werden und dann die Konzepte und Erkenntnisse dem Bund beisteuern. Das Konzept sieht bislang vor, dass ein digitaler Impfpass angeboten wird, dessen Registrierung jedoch zuerst freiwillig sein soll. Jedoch prüfe man schon mal, ob in einem Pandemiefall – wie wir ihn im Übrigen gerade haben – eine Pflicht dazu rechtens sei. Somit ist die Rede von einer Freiwilligkeit

hier ein schlechter Witz, mit dem die Bevölkerung beruhigt werden soll.

Weiter soll das geplante Impfreister einen zentralen Beitrag zur Digitalisierung des Gesundheits- und Verwaltungswesens sein. Wo digitalisiert wird, fallen neue Daten an. Wenn der Plan umgesetzt wird, würde das bedeuten, dass vor allem erst mal die Daten von geimpften Personen gesammelt werden. Jeder, der sich nicht registriert, ist dann erst mal verdächtig, ungeimpft zu sein. Diese hochsensiblen Daten würden dann nicht speziell geschulten Menschen an die Hand gegeben werden; Fehler im Umgang damit sind also schon vorprogrammiert. Gerade wenn wir uns anschauen, welche Erfahrung Baden-Württemberg in der Vergangenheit schon mit der Erfassung von Impfungen gewinnen konnte. Die Registrierung der alljährlich stattfindenden Grippeimpfungen, die massiv vom Gesundheitsminister beworben werden, endet nämlich jedes Jahr im Desaster. Bis heute schafft es die Landesregierung nicht mal, dafür zu sorgen, dass Impfungen schlicht gezählt werden und muss so jedes Jahr sich die Zahlen irgendwie zusammenrechnen. Aber man wolle aus den Fehlern lernen und auch ein Impfreister, wie es jetzt vorgeschlagen wurde, soll bei dem herrschenden Chaos der Impferfassung helfen.

Geht es darum, fragwürdige Gesetze umzusetzen, so scheint der Landesregierung kein Weg zu steinig, um ihn nicht zu besteigen. Und wenn diese Steine manchmal aus Gesetzen bestehen, werden diese einfach kurzerhand aus dem Weg geräumt.

## POLIZEI SOLL IMPFPÄSSE KONTROLLIEREN

So soll nun auch die Polizei in Baden-Württemberg Impf- und Genesenennachweise kontrollieren dürfen. Bislang war das dem Ordnungsamt überlassen, da es im Gegensatz zu der Polizei Gesundheitszeugnisse kontrollieren und anlasslose Kontrollen durchführen darf. Bei einem akuten Verdacht könnte die Polizei aber eine Verdachtsanzeige beim Ordnungsamt machen, welches dann den Fall bearbeiten würde. Anlässe wären z.B., wenn jemand ihnen gegenüber „seinem Unmut freien Lauf“ ließe, weil er sie als Repräsentanten des Staates sehe. Dennoch haben wir alle die Polizei gesehen, als die nächtlichen Ausgangssperren galten. Da sei es allerdings rechtskonform gewesen, da das Ordnungsamt an Personalmangel

litt und die Polizei vor allem dazu gedient hätte, in gefährlichen Situationen einzuschreiten und zu deeskalieren, allerdings immer mit Absprache und in Anwesenheit vom Ordnungsamt. Das reiche jedoch nicht aus. Der Stäterat Baden-Württemberg fordert, dass die Polizei auch alleine kontrollieren dürfe. Wenn da aber nicht Gesetze wären, die das verhindern, wie es selbst die Polizei einräumt. Laut dem Stäterat ist das aber kein Problem, nach ihrer Auslegung des Gesetzes dürfte die Polizei auch jetzt schon ohne Ordnungsamt kontrollieren. Trotzdem geben sie zu, dass das durchaus umstritten sei. Und weil selbst die Polizei sagt, dass sie das nicht machen darf, soll kurzerhand die Rechtslage geändert werden. Damit könne die Polizei eigenständiger agieren und das Ordnungsamt entlasten. Außerdem seien die Maßnahmen dann ja rechtmäßig, so der Stäterat. Der Landesdatenschutzbeauftragte Stefan Brink sieht diese Maßnahme jedoch kritisch. Laut dem Infektionsschutzgesetz dürfte die Polizei nämlich gar keinen Zugriff auf die in diesem Gesetz erhobenen Daten haben. Immer wieder hatten in der Vergangenheit Polizisten, deutschlandweit, aber auch in Baden-Württemberg, sich illegal Zugriff auf die Daten z.B. von Restaurantbesuchern, verschafft und diese für falsche Zwecke benutzt. Zugriff dürfte darauf nur das zuständige Gesundheitsamt haben.

Zwar handelt es sich bei den oben genannten Änderungsvorschlägen noch um nicht durchgesetzte Änderungen, jedoch ist auch im Bundesland Baden-Württemberg die Tendenz sichtbar, dass ein „gläserner Bürger“ beabsichtigt ist, dessen Daten unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung gesammelt werden sollen. Dabei wird versucht, die Leute, die sich impfen lassen, gegen die Ungeimpften auszuspielen und eine Spaltung des Volkes weiter voranzutreiben. Dass darin nun auch die Polizei als Exekutive miteingespannt werden soll, ist kein Zufall und ein weiterer Schritt der Reaktionsierung des bürgerlichen deutschen Staates, der der Exekutive immer mehr Befugnisse einräumen will. Gemäß dem Motto „Was nicht passt, wird passend gemacht“ wird gerade in dieser Zeit der Pandemie und Wirtschaftskrise immer offensichtlicher, dass die Verfassung nichts wert ist, und, wenn sie der herrschenden Klasse im Weg steht, einfach weggeräumt wird – zu unserem Leidwesen. •

## BUCHREZENSION: „DURCH DAS HERZ DER FINSTERNIS“

Das 1992 erstmals veröffentlichte Buch „Durch das Herz der Finsternis“ des schwedischen Autors Sven Lindqvist hat in den letzten Monaten wieder an Aufmerksamkeit gewonnen. Grund dafür ist eine von HBO produzierte dokumentarische Miniserie mit dem deutschen Titel „Rottet die Bestien aus!“. Die von dem haitisch-stämmigen Regisseur Raoul Peck gemachte Serie orientiert sich so stark an dem Buch von Lindqvist, dass nicht nur der Titel an die englische Übersetzung des Buches („Exterminate all the Brutes!“) angelehnt ist, sondern in der Serie auch stellenweise ausführlich direkt oder indirekt aus dem Buch zitiert wird. Peck, der auch schon bei Filmen wie „Der junge Karl Marx“ Regie führte, schaffte mit seiner Serie eine Art aktualisierte Version des Buches von Lindqvist, teilweise mit spielfilmartigen Abschnitten untermalt. Grund genug, einen Blick in das Ausgangsmaterial von Sven Lindqvist zu werfen.

In seinem Buch macht Lindqvist eine Reise durch die Geschichte der Kolonisierung der Welt durch einige der europäischen Kolonialmächte. Mit ungeschöntem Blick zeigt er dabei, auf welcher Grundlage die Welt, die Gesellschaft, in der wir heute leben, entstanden ist. Er zeigt, dass dieses System, das wir heute Imperialismus nennen, von Anfang an errichtet wurde auf Strömen von Blut, fast unvorstellbaren Grausamkeiten und massivster Ausbeutung.

Dabei geht Lindqvist direkt zu den Quellen derjenigen, die Zeugen und auch Treiber des Kolonialismus waren. Der deutsche Titel seines Buches orientiert sich direkt an einer Novelle des Autors Joseph Conrad „Heart of Darkness“ (zu deutsch: „Herz der Finsternis“) von 1899. Auch der englische Titel entstammt dem Werk Conrads, an einer Stelle fällt der Satz: „Exterminate all the brutes!“. In dieser fiktiven Geschichte beschreibt Conrad die realen Grausamkeiten, die die Kolonisatoren in Zentralafrika anrichten. Die Geschichte war auch Vorlage für den Film „Apocalypse Now“ über den Vietnamkrieg. Ausgehend von diesem Buch beginnt Lindqvist seine sehr ausführliche, aber sicherlich nicht vollständige, Schilderung über die Geschichte

des Kolonialismus.

Im ersten der insgesamt vier Teile des Buches schildert Lindqvist unter anderem die Ausbeutung des Kongo und seiner Bevölkerung seit Ende des 19. Jahrhunderts. Zu diesem Zeitpunkt galt Kongo als Privatbesitz des Königs Leopold II. von Belgien, der vor allem die Menschen, die es bewohnten, ohne Zurückhaltung gnadenlos ausbeutete. Der Name der Beute war Kautschuk, denn es wurde gebraucht für den zu diesem Zeitpunkt neu erfundenen und viel produzierten Fahrradreifen. Die Ausbeute an Kautschuk war alles, was hier zählte, mehr als die Menschenleben der Bevölkerung, die versklavt wurde, um den Kautschuk von den Bäumen zu ernten. Die Geschichte des Missionars Sjöblohm, die Lindqvist wiedergibt, ist eines von vielen Beispielen des Buches dafür, dass hier nichts heilig war, nicht einmal die angeblich unantastbare Religion:

*„Am 1. Februar 1895 stört ein Soldat seine Predigt, greift sich einen alten Mann aus der Schar der Zuhörenden und wirft ihm vor, nicht genügend Kautschuk gesammelt zu haben. Sjöblohm bittet den Soldat zu warten, bis der Gottesdienst vorüber ist. Doch der schert sich nicht darum, zerrt den alten Mann nur ein paar Schritte beiseite, hält ihm den Lauf an seines Gewehrs an die Schläfe, schießt und fordert einen Jungen von etwa neun Jahren auf, dem Leichnam die Hand abzuschneiden, um sie anderntags zusammen mit weiteren, auf dieselbe Weise erbeuteten Händen dem Kommandanten zu überbringen – als Zeichen des Sieges der Zivilisation.“*

Im zweiten Teil des Buches zeigt Lindqvist, wie die Entwicklung der Waffenindustrie der Kolonialmächte dazu führte, dass die Eroberungsfeldzüge, die sie führten, immer mehr in reine Massaker der Bevölkerungen der kolonisierten Gebiete verwandelt wurden. Die europäischen Kolonisatoren finden ein neues Tagesgeschäft – den Völkermord. Die Ausrottung ganzer Stämme und Völker durch die modernen Waffen, die, wenn sie sich wehren, oftmals nicht einmal in die Nähe der Kolonialarmeen kommen, sie wurden vorher im Geschosshagel der modernen Kanonen ausgelöscht. Alles im Dienste einiger Reicher und Mächtiger, die danach strebten, noch reicher und mächtiger zu werden. So wie es heute

noch immer der Fall ist und was sie dem Untergang geweiht hat.

Der dritte und vierte Teil des Buches zeichnen nach, wie in Europa der Rassismus entsteht. Von vereinzelt Ideen der Überlegenheit der europäischen Kultur zu einem theoretischen System, das begründet, warum es gerechtfertigt und sogar notwendig sein sollte, dass die weißen Europäer alle anderen angeblichen „menschlichen Rassen“ vernichten müssen. Die Grausamkeiten und Völkermorde, die aus der Gier der Kolonisatoren hervorgegangen sind – eine Gier, die aus diesem System hervorgeht und keineswegs in einer angeblichen Natur des Menschen verankert ist –, bekommen damit eine Theorie die sie rechtfertigen sollen. Die Ausbeutung und Unterdrückung der restlichen Welt werden damit nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar zu einer Pflicht, der sogenannten „Last des weißen Menschen“, erklärt. Heute redet kein einigermaßen vernünftiger Mensch mehr von unterschiedlichen menschlichen Rassen. Es wird viel gesprochen von Menschenrechten und der Gleichheit aller Menschen, trotzdem gibt es Kriege, Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung. Kriege werden von den Imperialisten geführt gegen andere Völker und besonders gegen die unterdrückten Nationen, die Begründungen sind unterschiedlich, mal ist es Religion, mal ein politisches System eines anderen Staates. Auch diese Kriege haben eine Rechtfertigung in der Logik der Imperialisten, das ist der imperialistische Chauvinismus. Eine Überzeugung, die die Imperialisten noch immer verbreiten, über die Überlegenheit der eigenen Nation über andere Nationen und Völker.

Der deutsche Imperialismus ist in der Prägung dieser Ideen schon seit seiner Entstehung federführend gewesen, wie das Buch zeigt. „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“, sagte 1907 der deutsche Kaiser Wilhelm II. Auch Deutschland beging in Afrika organisierten Völkermord. Von 1884 bis 1915 wurde unter anderem der heutige Staat Namibia als deutsche Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ besetzt. Die deutschen Truppen führten unter dem Befehl des Generals Adolf Lebrecht von Trotha einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen die kolonisierten Völker der Herero und Nama. Von Trotha befahl ihre völlige Vernichtung. Die deutschen Einwanderer und Kolonialgesellschaften teilten sich das fruchtbare Land untereinander auf.

Die deutschen Truppen ermordeten bis zu 100.000 Menschen. Viele von ihnen verdursteten in der Wüste, in die sie getrieben wurden, oder kamen in Konzentrationslagern um. Ihr „Verbrechen“ war es, sich gegen die Sklaverei, in der sie gehalten wurden, aufzulehnen. Im zweiten Weltkrieg perfektionierten die deutschen Faschisten dann die Vernichtungsmaschinerie, die sich im Laufe der Eroberung der Welt durch die Europäer entwickelt hatte. Sie vernichteten industriell organisiert Millionen von Menschen. Diese Verbindungslinie zieht Lindqvist in seinem Buch. Heute müssen wir sehen, dass Deutschland wieder Krieg in Teilen der Welt führt, wieder ein großes Stück vom Kuchen abhaben will und zu alter Größe zurück will.

Sven Lindqvist beendet sein Buch mit den Worten: *„Ihr wißt das schon. Ich auch. Nicht an Wissen mangelt es uns. Was fehlt, ist der Mut, begreifen zu wollen, was wir wissen, und auch daraus die Konsequenzen zu ziehen.“* Er hat Recht. Es mangelt uns nicht an Wissen darüber, wofür das imperialistische System, in dem wir heute leben, steht. Imperialismus bedeutet Völkermord, Genozid. Durch Hunger, durch Krieg, durch modernisierte Sklaverei, ergießen sich noch immer täglich Ströme von Blut der unterdrückten Völker auf der ganzen Welt, und wir alle wissen es, jeder weiß es heute. Das ist das Wesen des Imperialismus – von Anfang an. Man kann Lindqvists Schlussworte heute also nicht anders verstehen als ein Aufruf zum Kampf gegen eben dieses System, das ist *„die Konsequenzen zu ziehen“*. Dabei bedeutet Kampf nicht einfach, zu versuchen, die Sprache oder die Ideen einiger Menschen zu verändern – worauf u.a. auch Peck in seiner Serie fokussiert –, in dem frommen Wunsch, dass sich dadurch auch die Welt verändern würde. Kampf bedeutet, die Welt durch die Tat zu verändern und das eben mit allen notwendigen *Konsequenzen*.

Darum ist das Buch „Durch das Herz der Finsternis“ – wenn man von manchen persönlichen Einschüben und politischen Ideen des Autors absieht – jedem zu empfehlen. Wer sich auch die Serie von Raoul Peck dazu ansehen möchte, diese wurde Anfang Februar auf dem YouTube-Kanal von „arte“ veröffentlicht. •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## TERMINE IM MÄRZ

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### **8. MÄRZ - INTERNATIONALER FRAUENKAMPFTAG**

## LOKALE KONTAKTE

### **BADEN-WÜRTTEMBERG**

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |  
[interkollektivfr@protonmail.com](mailto:interkollektivfr@protonmail.com)

### **BERLIN**

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### **BREMEN**

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk.bremen@gmx.de](mailto:rfk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### **HAMBURG**

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rotes\\_frauenkomitee\\_hamburg@gmx.de](mailto:rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de)

### **NRW**

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### **DAS TITELBILD**

Landesweite Massenproteste von indischen Schülern gegen die Durchführung von „Offline-Klausuren“ in den Jahrgängen 10 und 12

Quelle: Hindustan Times

**ROTE  
POST** 